

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für einen Monat 5.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13698. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonellselle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Platzvorschrift 2.90 Mk.; Familiennachrichten für die Seite 1.70 Mk. Reklame-Kolonellselle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer, vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Neue Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Immer noch keine Regierungsbildung.

Weitere Verhandlungen mit den Parteien.

Herrn Trimborn ist es immer noch nicht gelungen, ein Kabinett zustande zu bringen. Er hat gestern weiter verhandelt mit den Mehrheitssozialdemokraten, mit den Demokraten, und sich auch, wie eine Meldung besagt, an die Deutschnationale Partei gewandt. Seine Fraktion, die ihm bei den Verhandlungen offenbar zur Seite steht, hat sich in mehreren Sitzungen mit der Regierungsbildung beschäftigt, aber von einem Programm, das die Zentrumspartei von sich aus aufstellen wird, verläutet noch nichts. Die Bayerische Volkspartei, der abgetrennte Flügel des Zentrums, der mit in die Koalition einbezogen werden sollte, hat Bedingungen gestellt, die weder von der Sozialdemokratie noch von den Demokraten, und wohl kaum auch von der Deutschen Volkspartei angenommen werden können. Sie ist starke Vertreterin des Partikularismus. Nach ihrer Meinung kann Deutschland nur föderalistisch oder holländisch regiert werden. Sonach besteht geringe Aussicht, daß diese Partei mit in den Bund hineinkommt.

Wenn sich Trimborn an die Deutschnationale Partei gewandt hat, so kann dies nur erst geschehen sein, nachdem bereits eine Erklärung jener Partei über die Regierungsbildung in die Öffentlichkeit gekommen ist; die Erklärung selbst ist so interessant, daß wir ihn zum Teil wiedergeben:

Seit über einer Woche ist die Bildung der Regierung, die von der politischen Lage dringend gefordert und vom deutschen Volke erwartet wird, um keinen Schritt vorwärts gekommen. In die Deutschnationale Fraktion hat sich bis zur Stunde keiner der mit der Regierungsbildung betrauten Herren mit dem Entschluß an Teilnahme an den Verhandlungen gewandt. Das muß um so mehr befremden, weil durch die veröffentlichten Erklärungen der Fraktion und durch die Haltung, die von deutschnationaler Seite in den Wahlen eingenommen worden ist, die Bereitwilligkeit der Partei feststeht, den Bedürfnissen unseres Vaterlandes gerecht zu werden. In der gestrigen Sitzung der Fraktion bestand Übereinstimmung darüber, daß die deutschnationale Fraktion, nachdem durch die Haltung der Sozialdemokraten jede Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten vereitelt wurde, eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien erstrebt und zur Mitwirkung dabei durchaus bereit ist. Auch das könnte nicht ohne Opfer der Parteiansehungen und Parteinteressen geschehen. Diese Opfer auf sich zu nehmen, erscheint der Fraktion namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa und auf die Gefahr der von radikaler Seite ausdrücklich angeklagten Versuche eines gewalttätigen Umsturzes als eine unbedingte vaterländische Pflicht. Wenn diese vaterländische Notwendigkeit bei den weiteren Verhandlungen sich nicht erfüllen lassen sollte, so kann das jedenfalls nicht auf das Verhalten der Deutschnationalen Volkspartei zurückgeführt werden.

Die Herren würden also ihre Gesinnung verleugnen und ihre Grundzüge preisgeben, wenn sie mit in den bürgerlichen Regierungsbund aufgenommen würden. Natürlich würden sie einen Einfluß verlangen, der sie vollkommen auf ihre Rechnung kommen ließe.

Die Demokraten haben ebenfalls eine Erklärung veröffentlicht, worin sie ihrerseits die Bedingungen bekanntgeben, unter denen sie zum Eintritt in die Regierung geneigt sind. Unser Bekannter Mitarbeiter berichtet darüber:

Berlin, 16. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kabinettsbildung ist noch immer nicht gelungen. Die Verhandlungen haben bisher noch keinen klaren Weg gewiesen, auf dem eine Neubildung der Regierung möglich ist. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei hat gestern dem Abg. Dr. Trimborn eine Erklärung zur Frage der Beteiligung der Demokratischen Partei an der Kabinettsbildung abgegeben. In dieser Erklärung verlangt die Demokratische Partei, daß die Bildung der Regierung nur auf streng verfassungsmäßigem Wege vor sich gehe. Der Reichspräsident bezeichne einen Reichkanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat. Dann haben die Fraktionen und demnächst der Reichstag darüber zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen aussprechen wollen oder nicht. Die Demokratische Partei erklärt sich dann bereit, in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Persönlichkeiten und sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichnet die Deutsche Demokratische Partei von vornherein folgende Punkte:

- Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung.
- Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation.
- Bekämpfung jedes Versuches zur Aufrichtung einer Klassenherrschaft oder Anerkennung von Vorrechten an eine Klasse.
- Eine Politik der Versöhnung und des Ausgleichs auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet.
- Ablehnung jedes Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus.
- Besetzung der Ämter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Ver-

fassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung rücksichtslos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

In den Kreisen der Fraktion der Deutschen Volkspartei ist man überzeugt, daß die programmatische Erklärung der Deutschen Demokratischen Partei in der Tat eine annehmbare Grundlage für eine Regierung bilden kann. Die Deutsche Volkspartei wird zwar von ihrem monarchistischen Standpunkt nicht abgehen wollen, aber voraussichtlich erklären, daß sie darin keinen absoluten Widerspruch zu dem Bekenntnis für die Weimarer Verfassung sehen könne, und sie wird zur Begründung dieser ihrer Auffassung auf den republikanischen Scheidemann hinweisen, der trotz seiner sozialistischen Grundanschauung sich im Herbst nicht geweigert habe, unter Wilhelm II. in das Kabinett des Prinzen Max von Baden einzutreten. Im übrigen würde die Deutsche Volkspartei lieber sehen, wenn das Zentrum statt der Deutschen Demokratischen Partei die Kabinettsbildung übernehmen würde. Wie das Tagesblatt erzählt, besteht in der Demokratischen Partei selbst keine Regung, die Kabinettsbildung zu übernehmen.

Trimborn hat gestern noch einmal mit den Mehrheitssozialdemokraten verhandelt. Er hat ihnen vorgeschlagen, entweder wohlwollend neutral zu bleiben, oder einen Vertrauensmann ins Kabinett zu entsenden. Bürgerliche Pressestimmen wollen wissen, daß von ihnen verlangt worden sei, sie sollten sich bis nach der Konferenz von Spa der Abstimmung enthalten, also als positiver Faktor ausschelden. Wenn dieses Ansinnen wirklich gestellt worden ist und der Vorwärts könnte bei seiner sonstigen Geschwätzigkeit wohl etwas darüber haben verlauten lassen — so wäre das allerdings eine Einschüchtern der stärksten Fraktion, über die das Wort der Kritik nötig wäre. Ihre Vertreter haben die Vorschläge des Herrn Trimborn abgelehnt und damit ihre Mission als erledigt angesehen. Herr Scheidemann soll auch nach Kassel zurückgekehrt sein, so daß anzunehmen ist, daß eine weitere Verhandlung der bürgerlichen Vertreter mit den Rechtssozialisten nicht mehr in Frage kommt. Welche Stellung von den Rechtssozialisten zu einem bürgerlichen Kabinett eingenommen wird, erfährt man nicht; der Vorwärts bringt zwar in der gestrigen Abendausgabe so etwas wie eine Erklärung, ob diese aber parteiamtlich ist und von den Parteinstanzen gebilligt wird, das muß erst die Zukunft zeigen. In papageienhafter Wiederholung wird gesagt, die Rechtssozialisten könnten sich deshalb nicht an der Regierung beteiligen, weil die Unabhängigen nicht mitmachen; sonst bietet die Erklärung im Vorwärts nur das Bild der Schauspielerei der Rechtssozialisten wieder. Es sei nur der eine Absatz aus der Erklärung wiedergegeben, der das Gesagte beweist:

So gewiß die Sozialdemokratie auf Antastung der revolutionären Errungenschaften mit den schärfsten Kampfmitteln antworten wird, so wenig kann es dem Wesen einer praktischen sozialistischen Arbeiterpolitik, wie sie sie treiben will, entsprechen, ohne Rücksicht auf die Handlungsweise der Regierung sofort das letzte Pulver zu verschleßen. Die Arbeiter werden das auch vollkommen verstehen, daß ihre Beteiligung im Parlament nicht Opposition ins Blaue hinein treibt, sondern daß sie vom Standpunkt ihrer Interessen aus an die Handlungen der Regierung den Maßstab sachlicher Kritik legt, wie das ja auch in früheren Zeiten ganz allgemein geschehen ist.

Wenn der Vorwärts schließlich noch behauptet, die Rechtssozialisten wollten der Arbeiterklasse den Einfluß auf die Politik des Reichs wiedergewinnen und über das frühere Maß hinaus erweitern, der durch das Verhalten der Unabhängigen geschwächt worden sei, so ist das nichts weiter als Heuchelei und Großsprechererei. Die Rechtssozialisten täten besser, für ihre Partei erst einmal Einfluß zu gewinnen und die Arbeiterinteressen mit Nachdruck zu vertreten, statt solche großsprecherische Töne zu verzapfen.

Von Interesse ist noch die Aussendung der Germania. Sie schreibt zur Kabinettsbildung:

Die bisherigen Verhandlungen hätten die politische Lage, wenn vielleicht auch geklärt, so doch nicht gebessert. Trimborn habe eine überaus schwierige und unantastbare Aufgabe übernommen. Den schwebenden Verhandlungen will das Blatt nicht vorgehen, als ihre Meinung spricht aber die Germania aus, daß der Auftrag Trimborns weitgehend gedacht sein müsse, als ihn Müller und Heine aufstiften. Es müsse doch schließlich eine Regierung zustandegebracht werden und Trimborns Aufgabe sei nicht zuletzt darin zu erblicken, dieser Ueberzeugung bei einer ausreichenden Zahl von Parteiführern zum Durchbruch und zur praktischen Auswirkung zu verhelfen. Als nächstliegenden Weg habe sie bereits die Wiederaufnahme der früheren Koalition bezeichnet. Dazu gehöre natürlich vor allem die Mehrheitssozialdemokratie. Unter Hinweis auf die Feststellung der am Sonntag abgehaltenen sozialdemokratischen Parteikonferenz, daß sie eine Koalitionspolitik gegenwärtig als unmöglich betrachte, kommt die Germania zu dem Schluß, daß die Ablehnung der Mehrheitssozialisten gegenüber der alten Koalitionspolitik keine grundsätzliche, sondern nur eine vorübergehende sei.

Giolittis Mission.

H. E. In der gleichen Zeit wie Deutschland erlebt Italien eine Regierungskrise. Es ist ein Beweis dafür, wie stark die kapitalistische Entwicklung die politischen Oberflächen in allen Ländern gleichgewalzt hat und wie ferner eben dadurch, trotz der Barrikade, die Versailles zwischen Sieger- und Besiegtenstaaten aufgerichtet hat, die revolutionären Erschütterungen Grenzsteine und Zollschranken überspringen, daß auch in Italien die Frage der Teilnahme des sozialistischen Proletariats an den Regierungsgeschäften der Angelpunkt der parlamentarischen Handlung bildet. Also genau wie bei uns: Die bürgerlichen Machthaber scheuen heute eine Regierung wie Feuer, zu der von vornherein das Proletariat in eine ausgesprochene Kampfstellung gedrängt sein würde. Die Versuche, die Lobselbsthaft des werktätigen Volkes gegenüber dem Herrschaftssystem des Klassenstaates zu verdrängen und zu vertuschen und durch rechtssozialistische Experimente Del auf die Wogen der revolutionären Entwicklung zu gießen, sind allen Klassenstaaten des Kontinents gerade in letzter Zeit mehr oder weniger gemeinsam.

In Italien ist das Kabinett Ritti zurückgetreten und Giovanni Giolitti hat den Auftrag erhalten, eine neue Regierung zu bilden. Der Name dieses fast achtzigjährigen Mannes ist heute noch nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt, wie eine Faust, Giolitti war der Führer der römischen Neutralisten. Giolitti war derjenige, der den Krieg Italiens gegen Deutschland mit dem Aufgebot seines ganzen politischen Einflusses bekämpfte; hat politische Ueberzeugungstreue letzte ihn; der das blutige Tripolis-Abenteuer gegen die alte Türkei selbst ein paar Jahre zuvor inszeniert hatte, dabei nicht, sondern der Opportunismus und die kluge Berechnung eines bürgerlichen Politikers, der die Bankrottwirkungen eines Großmächtekrieges auf eine zweit-rangige Macht vom Schlage Italiens vorausahnte. Giolitti war, mehr oder weniger allerdings nur in der Einbildungskraft gewisser deutscher Diplomaten der Schule Bülow's, der angebliche „Freund Deutschlands“, d. h. er erblickte in einer Verstrickung der italienischen Selbständigkeit durch das Paris-Londoner Finanzkapital nicht das einzige Heil seines Landes, sondern er empfand die Notwendigkeit der Ansehungsbedürftigkeit Italiens an alle Kontinent-Großstaaten, auch an die Mittelmächte. Was Wunder, wenn dieser so beschaffene Mann in Berlin, unter unsern Bangermanisten, als eine Art römischer Messias galt, während die Tingen der Intrige springen ließen. Der nationalistische Professor Salandra, Kriegsministerpräsident des Italiens des Sacro egoismo; verfolgte ihn mit Verdicht und Galaxienandrohung, und Salandra's diplomatischer Gehilfe, Sonnino, der Engländer in der Romertoga, blies in das selbe Horn.

Die Entwicklung hat dem Kreis Giolitti recht gegeben. Angesichts des Bankrotts Italiens nach gewonnenem Krieg, angefaßt einer Schuldenlast von 18 Milliarden jährlichem Defizit gilt er nun als der noch gebliebene einzige Retter des Unterganges der bürgerlichen Epoche in Italien. Man vertraut ihm, daß ihm, dessen Scharfsinn nicht die imperialistische Gefahr für Italien im Kriegsabenteuer entging, auch gelingen möge, nun die noch größere sozialistische Gefahr für das bürgerliche Italien zu bannen. So wird seine Mission der Regierungsbildung als letzter Versuch der Sammlung aller moralischen und intellektuellen Kräfte des Bürgerturns zur Rettung gegen die rote Flut angesehen. „Scheitert“, so schreibt die Römische Zeitung, die es ja wissen müßte, die Politik des Ministeriums Giolitti, so ist eine Maximalistenherrschaft in Italien die Folge! Mit andern Worten: Nach Giolitti ist der Sozialismus — und den meinen die Bürgerlichen, wenn sie in nicht mißverständlicher Absicht „Maximalisten“ oder Bolschewismus sagen — in Italien Sieger. Ritti, der Vorgänger Giolittis, der ja auch schon bewußt in Spa das italienische Ruder aus den Verstrickungen der Pariser Westhauwinstenpolitik zu lösen versuchte und als Hilfsprecher Deutschlands auftrat, war nur die vorgeschickte Patrouille Giolittis; Ritti und Giolitti sind intime Freunde. Giolitti selbst ist der letzte Appell der italienischen Bourgeoisie an ihre eigene Einsicht und Kraft. Alle bürgerlichen Parteien Italiens wollen ihn unterstützen; die Sozialisten allein stehen gegen ihn in Opposition. Mit sozialen Reformen wird sich Giolitti einführen, um diese Opposition zu überwinden. Wird er Sieger bleiben? Nun, kein kapitalistischer Minister ist stärker als der Kapitalismus selbst. Die bürgerliche Einsicht hat letzten Endes immer ihre Schranken am Interesse der bürgerlichen Klasse. Giolitti in Rom wird scheitern, wie irgendein reaktionärer Bloominister in Berlin scheitern wird. Und hier berühren sich die italienischen und die deutschen Dinge. Italia farà da se, Italien wird sich schon von allein machen.